

---

Henryk Skrzypczak

---

## Gewerkschaften und Parteien

### Das Beispiel Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie 1890-1933\*

---

Dr. Henryk Skrzypczak, geb. 1926 in Berlin-Moabit, studierte Geschichte und Germanistik an der Humboldt-Universität sowie an der Freien Universität Berlin. Er leitet die Sektion „Geschichte der Arbeiterbewegung“ in der Historischen Kommission zu Berlin und ist Herausgeber der „Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (IWK).

#### Konflikt und Kooperation im Wilhelminischen Reich

Im Februar 1931, ein knappes Jahr bevor die Beziehungen zwischen den Führungsspitzen von ADGB und SPD in eine Zone sich fortgesetzt steigender Spannungen gerieten, stieß Theodor Leipart in der „Gewerkschafts-Zeitung“ auf eine Überschrift, die das viel zitierte Wort Theodor Bömelburgs: „Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins“ aufgriff und im gleichen Sinn variierte. Leipart ließ den verantwortlichen Redakteur wissen: „*einig* Ja!, *eins* Nein!“ Der erste Teil dieser Sprachregelung - „*einig* Ja!“ - war von der Realität des wechselvollen Verhältnisses der Freien Gewerkschaften seit ihrer Neuformierung nach der Ära des Sozialistengesetzes zu ihrem parteipolitischen Bündnispartner sehr weit entfernt; der zweite - „*eins* Nein!“ - konstatierte hingegen einen unbestreitbaren Sachverhalt.

---

\* Der Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Referats, das der Autor im April 1982 auf einer Konsultationstagung des von Erich Matthias geleiteten „Gewerkschaftsprojekts“ gehalten hat. Gegenstand der Konferenz war das Thema Gewerkschaften und Politik.

SPD und Freie Gewerkschaften waren nicht nur der organisatorischen Form nach voneinander getrennt, sondern sie wiesen auch sozialstrukturell und funktional charakteristische Unterschiede auf, aus denen sich natürliche Reibungsflächen ergaben. Im Vergleich zur Partei, die neben ihrem proletarischen Mitgliederstamm zunehmend auch Elemente aus kleinbürgerlichen Schichten rekrutierte, bildeten die Gewerkschaften nach einer Formulierung von Friedrich Engels „die eigentliche Klassenorganisation des Proletariats“. War es die Hauptaufgabe der Partei im Wilhelminischen Reich, immer größere Massen für eine soziale Protestbewegung zu mobilisieren, die sich als Kompensation für das Ausbleiben realer Erfolge mit dem Wechsel auf die schönere Zukunft des Sozialismus abspeisen ließ, so standen die Gewerkschaften den bereits Organisierten und - agitatorisch - den noch zu Organisierenden dafür im Wort, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen schon auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sowie im Rahmen eines unternehmerfreundlichen Obrigkeitsstaates zu heben. Sollte das Wort eingelöst werden, bedurfte es starker Organisationen, zu denen der Weg einerseits über die Zentralisation und andererseits über eine erklärte politische und religiöse Neutralität führte, deren unterschiedliche Interpretation und Praxis sowohl Anlaß als auch Vorwand wiederholt aufflackernder Kontroversen war.

Zu den umstrittenen Fragen gehörte sodann die bündnispolitische Orientierung. Wer, wie führende Exponenten der Partei, davon ausging, daß der große „Kladderadatsch“ mit der ihm folgenden Eroberung der Macht schon in fast greifbare Nähe gerückt war, mußte es als eine gefährliche Verwischung der Frontlinien erachten, wenn die in der perspektivischen Einschätzung zumeist weitaus nüchterner urteilenden Führer der Gewerkschaften Kontakte zur bürgerlichen Reformbewegung anzuknüpfen versuchten, ja zuweilen sogar an das Verständnis von Repräsentanten des Klassenstaats appellierten. Wer sich an den Gedanken gewöhnt hatte, daß die Gewerkschaften wenig mehr wären als eine Rekrutenschule der Partei, der in der Arbeiterbewegung das politische Gesamtfeld als ureigene Domäne gebührte, dem mußte es, zumal wenn er der Spitzengarnitur langjährig etablierter Parteiführer angehörte, als provozierende Anmaßung erscheinen, daß ein so unbeschriebenes Blatt wie der junge Carl Legien den Anspruch der Gewerkschaften nicht nur ebenfalls auf sozialpolitische Aktivität, sondern sogar auf Gleichberechtigung der eigentlichen Klassenorganisation mit der politischen Organisation reklamierte. Die aus den strukturellen und funktionalen Unterschieden, aus Konkurrenzmotiven und mancherlei persönlichen Animositäten erwachsenden Polemiken der neunziger Jahre gipfelten in Attacken, die sich tief in das Bewußtsein der von ihnen Betroffenen einprägen sollten: der „weiche Kehrichthaufen der Gewerkschaftsduselei“, die „finsternen Pläne“ und der „Größenwahn“ einer Generalkommission, die sich bis nach der Jahrhundertwende permanent in der Defen-

sive befand, wenn um Tarifgemeinschaft und paritätische Arbeitsvermittlung, um den Ausbau des Unterstützungswesens und andere Fragen gestritten wurde. Erst nach jenem eindrucksvollen Anwachsen der Verbände, das die Prognosen ihrer Kontrahenten in der Partei anschaulich widerlegte, traten die Gewerkschaften 1905 - Kölner Kongreß, „Vorwärts“-Konflikt - und 1906 zur Gegenoffensive an, die mit den Komplexen Massenstreik und Maifeier-Frage das Verhältnis zur Partei an den Fundamenten berührte. Das sogenannte Geheimprotokoll der Vorständekonferenz vom Februar 1906 nimmt hierzu den Rang eines Schlüsseldokuments ein, dessen eigenmächtige Publikation durch die Partei den Konflikt bis dicht an den Zerreißpunkt eskalierte.

Das „Mannheimer Abkommen“, mit dem die Gleichberechtigung der eigentlichen Klassenorganisation endlich offiziell anerkannt und die Weiche zu einem einvernehmlichen Zusammenwirken gestellt worden war, markierte einen bedeutenden Wendepunkt, konnte indessen wegen der strukturellen und funktionalen Unterschiede und der sich hieraus ableitenden jeweiligen Interessenlagen keine nahtlose und dauerhafte Einigkeit garantieren. Das wechselseitige Bedürfnis nach Kooperation fand bei den Gewerkschaften dort seine Grenze, wo sie eine Schmälerung ihrer Eigenständigkeit oder ihrer Aktionsmöglichkeiten glaubten befürchten zu müssen. Seit 1907 billigte der Parteivorstand den Gewerkschaften die Parität auf den Internationalen Kongressen zu, lud er die Generalkommission regelmäßig zu den Konferenzen des Parteiausschusses ein. Er legte die Beteiligung an der Parteischule nahe, bekundete Interesse an einer gemeinsamen Sozialpolitischen Abteilung, gewährte den Gewerkschaften Sitz und Stimme in seinem Pressebüro, erbot sich, während eines größeren Arbeitskampfes Geldsammlungen zu organisieren, äußerte den Wunsch, an der „Volksfürsorge“ mit Eigenkapital beteiligt zu werden, beteiligte seinerseits die Gewerkschaften am Anti-Zentrumsbüro und an der Zentralstelle für die arbeitende Jugend. Wo es ihr Vorteil verlangte und ihre Konzilianz noch vertretbar erschien, honorierten die Gewerkschaften diese Einbindungsversuche. War, wie im Falle der Parteischule oder der Arbeitskampfhilfe - oder umgekehrt: der Wahlkampfhilfe für die Partei -, ein negativer Effekt zu erwarten, versuchten sie sich beharrlich einer solchen Zusammenarbeit zu entziehen.

Auf eine knappe Formel gebracht, gilt für die Freien Gewerkschaften seit ihrer Neuformierung, daß sie es ablehnen, Transmissionsriemen der Partei zu sein, daß sie vielmehr zielbewußt danach streben, die Sozialdemokratie als ihren eigenen Transmissionsriemen zu benutzen. Einer Strategie, die Partei von der Basis her zu erobern, schienen sich selbst längerfristig aus mannigfachen Gründen keine Chancen zu bieten. Als aussichtsreicherer Weg bot sich an, den gewerkschaftlichen Einfluß durch seine verstärkte Repräsentanz in

den Parlamenten, vor allem in der Reichstagsfraktion zu erweitern. Diese Möglichkeit wurde genutzt und führte bei den letzten Vorkriegswahlen zu quantitativ herausragenden Resultaten. Der hierdurch bewirkte qualitative Wandel indessen wird in seiner Bedeutung häufig weit überschätzt. Zur Problematik sei hier nur auf den vergeblichen Anlauf von 1903 hingewiesen, die der Generalkommission angehörenden Abgeordneten in eine quasi imperative Mandatspflicht zu nehmen. Um den Kurs der Partei mittelfristig den eigenen Vorstellungen anzunähern und außerhalb des sozialistischen Lagers operativer werden zu können, empfahl sich offenbar eine Linie des taktischen Vorgehens, die den inzwischen sichtbar gewordenen Graben zwischen dem radikalen und dem zentristischen Parteiflügel vertiefte und zugleich die Gewichte zwischen Zentristen und Reformisten zugunsten des reformistischen Flügels verschob. Der Antwort auf die Frage, ob dieses ihr Konzept unter den politischen Rahmenbedingungen der sich seit 1912 ankündigenden Phase verschärfte Repression umsetzbar war, sahen sich die Gewerkschaften durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges enthoben.

#### im Zeichen des Burgfriedens

Als am 2. August 1914 nach den Sondierungsgesprächen im Reichsamt des Innern die letzten Zweifel daran ausgeräumt waren, daß die Verbände nicht nur kein Verbot zu erwarten hatten, sondern mit einer wenn auch begrenzten Verhandlungs- und Konzessionsbereitschaft der staatlichen Behörden rechnen durften, geriet die Gewerkschaftsführung unter den Einfluß einer nationalen Identifikationswelle, die in den später aufbrechenden Kontroversen durch eine rationale Zweckargumentation unterbaut und zum Teil überlagert wurde: Eine Niederlage Deutschlands würde gerade auch für die Arbeiterschaft und ihre Organisationen eine Katastrophe bedeuten, eine Preisgabe des Burgfriedens die Gefahr der Organisationszertrümmerung heraufbeschwören, zumindest jedoch das Konzept einer auf staatliche Kompensationsleistungen gerichteten Politik nachhaltig durchkreuzen. Bei gelegentlichen Abweichungen und Schwankungen in Einzelfragen standen die führenden Gewerkschafter grundsätzlich auf der Linie des Freundeskreises um Eduard David, dem als ideale Lösung die schnelle Absplitterung der noch kleinen Gruppe radikaler Doktrinäre von der Partei vorschwebte und der für den Fall des Übergangs der Parteimehrheit auf radikale Positionen die Spaltung frühzeitig ins Auge faßte. Zu einem Kurs von ähnlicher Eindeutigkeit waren Parteivorstand und Reichstagsfraktion auf Grund ihrer differenzierten Richtungstektonik während keiner Phase des Krieges imstande.

Beginnend mit den ersten Polemiken wegen der Haltung des „Vorwärts“ und mit der Herausgabe der „Internationalen Korrespondenz“ fiel daher ins-

besondere der Generalkommission die Rolle des Vorreiters im Kampf gegen den wieder auflebenden Radikalismus und ebenso die Rolle des Schrittmachers der Zusammenarbeit mit staatlichen Instanzen zu. Die Initiativen Legiens - seine Mobilisierung der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre im Januar 1915, sein kurz darauf eingebrachter Antrag, Karl Liebknecht aus der Fraktion auszuschließen - und die Stimmung während der folgenden Vorständekonferenz wurden in der Parteispitze als Alarmsignale gewertet. Selbst Friedrich Ebert überkam der Verdacht, die Generalkommission wolle in der Partei die Macht an sich reißen. Es war dieser Alptraum, der ihn damals bewog, die Wahl Robert Schmidts in den Fraktionsvorstand durch seine offene Intervention zu verhindern.

Ob es taktisches Kalkül oder, wie David meinte, eine überzogene Bindung an den „Fetisch Disziplin“ war, die den Kreis der führenden Gewerkschafter von dem ihm nahegelegten organisierten Vorgehen gegen die erstarkende Opposition abhielt, sei ebenso dahingestellt, wie die Relevanz jener Behauptung Davids vom Februar 1916 mit einem großen Fragezeichen versehen, derzufolge sie die Illusion hegten, sich zwischen beiden Lagern der Partei „durchschleichen“ zu können. Die Haltung der Generalkommission, aber auch die Beschlüsse der Vorständekonferenz blieben in jeder weiteren Phase der innerparteilichen Zuspitzung und ihres Hinübergreifens auf die Verbände zu eindeutig geprägt, als daß sie derartige Illusionen erlaubten. Die „Politik der Generalkommission“ war längst zum emotionsauslösenden Schlagwort geworden, das die Breite der Trägerschaft dieser Politik, nämlich ihre Unterstützung durch die übergroße Mehrheit der Verbandsspitzen, stark vereinfachend überging. Daß etwa die Konferenz der Vorstände vom Juli 1917 den Antrag, bei gemeinsamen Aktionen mit der inzwischen gespaltenen politischen Bewegung beide Parteien hinzuzuziehen, gegen eine einzige Stimme verwarf, spricht eine deutliche Sprache, wie es andererseits zu interpretierender Betrachtung reizt, daß oppositionelle Gewerkschafter vom Range Simons, Jäckels und Brandes' erst relativ spät den Absprung zur organisierten Minderheit wagten.

Den Preis für die Gewerkschaftspolitik unbeirrten Festhaltens am Kurs des 2. und 4. August 1914 hatte zunächst die Generalkommission zu entrichten. Im Unterschied zur Mehrheitspartei war sie während des Januarstreiks 1918 als Institution für die Minderheit kein Gesprächspartner mehr. Am Vormittag des 9. November dann wurde sie von der Mehrheitsführung zugunsten des Zweckbündnisses mit den Unabhängigen fallengelassen.

In der Politik offiziell ausgeschaltet, war die Generalkommission unterhalb der Ebene der Volksbeauftragten immerhin mit zweien ihrer Mitglieder in der Regierung vertreten: Gustav Bauer und Robert Schmidt. Wer dazu neigt, das

parlamentarische Gewicht der Gewerkschaften an der Zahl ihnen zuzurechnender Mandatare zu messen und damit die multifaktorielle Bedingtheit des Abgeordnetenverhaltens zu übersehen, müßte aus dieser Tatsache einen nicht unerheblichen Einfluß abzuleiten versucht sein. Die Wirklichkeit nahm sich anders aus. Von den Volksbeauftragten auch der MSPD als Quantität vernachlässigbar behandelt, wartete die Generalkommission vergeblich auf eine Festigung der dürftigen Informations- und Kommunikationsstränge zu Bauer und Schmidt. Dem zunehmenden Druck der Massenbewegung ausgesetzt, registrierten die Vorstände ebenso besorgt wie empört eine Tendenz in der Mehrheitspartei, sich auf Kosten der Gewerkschaften durch Zugeständnisse an den Radikalismus zu konsolidieren. Im Zentrum der von organisatorischen Eigeninteressen bestimmten, auf die Ära der Nationalversammlung übergreifenden Divergenzen stand die Frage der Räte, denen nach Auffassung der Partei das ökonomische, nach Meinung der Gewerkschaften das politische Aktionsfeld gebührte. Als die sozialdemokratisch geführte Regierung, von der Streikwelle verstört, die Räte sogar in der Verfassung zu verankern versprach, war für Legien der Casus belli gegeben, sah er bei einem solchen Schritt doch das Existenzrecht der Gewerkschaften gefährdet. Sein vehementer Protest auf der Weimarer Parteikonferenz, wo er sogar mit dem Schreckgespenst eines gemeinsamen Generalstreiks von USPD und Gewerkschaften drohte, trug ihm wenig mehr als eine kalte Abfuhr durch Bauer ein. Das kühle Klima zwischen den Spitzen der Gewerkschaften und denen einer Partei, die offensichtliches Desinteresse an ihrer weiteren Vertretung auf den Vorstandskonferenzen bekundete und durch ihr publizistisches Sprachrohr ein generelles Streikverbot propagieren ließ, begann zu vereisen. Mit dem Beschluß des Nürnberger Gewerkschaftskongresses, sich vom Mannheimer Abkommen zu lösen, wurde nicht nur der Existenz zweier Hauptlager in der Bewegung Rechnung getragen.

#### Von der Revolution zur Inflation

Einerseits Kulminationspunkt des Entfremdungsprozesses zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Exponenten in der Regierung, markiert der Kapp-Putsch andererseits einen Wendepunkt des Verhältnisses der Gewerkschaften zu beiden Parteien, deren zögernde, von ADGB und AfA-Bund geförderte Annäherung durch die Spaltung der USPD und die pausenlosen Attacken der Kommunisten auf die gesamte Sozialdemokratie begünstigt wurde. Die Kontraste ihrer Hauptrichtungen blieben, sich auch innerhalb der Gewerkschaften auswirkend, bestehen, verloren in der Praxis jedoch so stark an Gewicht, daß Leipart im September 1922 die Wiedervereinigung der Partei mit dem Ausdruck einer allerdings nicht ungetrübten Freude begrüßen konnte. Das Grußwort der Gewerkschaften nämlich auf dem Parteitag selbst

hatte ein Vertreter der alten Minderheit ohne Vorinformation und Auftrag des ADGB-Bundesvorstandes gesprochen.

Um den Intensitätsgrad und das Klima der Wechselbeziehungen im Zeitraum zwischen dem Nürnberger Vereinigungsparteitag und dem beginnenden Übergang von der galoppierenden Hochinflation zur relativen Stabilisierung richtig einschätzen zu können, scheint angesichts der Quellenlage die rückschreitende Methode geboten. Wie dokumentieren sich diese Beziehungen im Vorfeld des Programm-Parteitags von Heidelberg? Die Aufgeschlossenheit der Reichstagsfraktion für die sozialpolitischen Wünsche der Gewerkschaften und deren propagandistischer Einsatz für die SPD in den beiden Wahlkampagnen des Jahres 1924 täuschen eine Harmonie des Zusammenwirkens vor, auf dessen Realität der Fall Graßmann ein erstes Schlaglicht wirft.

Nach Peter Graßmanns erfolgreicher Kandidatur bei den Reichstagswahlen vom Mai hatte es der ADGB-Vorstand als so gut wie selbstverständlich betrachtet, daß dem Zweiten Bundesvorsitzenden ein Platz im Fraktionsvorstand eingeräumt würde. Graßmann wurde in der Fraktion nicht einmal zur Debatte gestellt und daß er für keinen einzigen der 15 Ausschüsse nominiert worden war, erfuhr er zuerst durch die Presse. Sich nach der Dezemberwahl in die Debatten über die Regierungsbildung einzuschalten, schien dem Bundesvorstand angesichts seiner geringen Durchsetzungsmöglichkeiten wenig ratsam zu sein. Der von ihm im Januar 1925 artikulierte Wunsch nach verstärktem Einfluß auf die Haltung der Partei und insbesondere auf die Willensbildung ihrer parlamentarischen Fraktionen stieß auf Widerstände selbst in den eigenen Reihen. Zur Wende in den Beziehungen kam es erst durch den scharfen Einspruch Leiparts gegen den ohne jede Abstimmung mit dem ADGB-Vorstand eingebrachten Entwurf des Heidelberger Programms, der den Anspruch erhob: „Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse, den politischen, den gewerkschaftlichen, den genossenschaftlichen Kampf zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.“ - „Wenn schon dieser Gedanke“, so Leipart in seinem Protest, „... an vergangene Zeiten gemahnt, in denen sich die Partei als Vormund der Gewerkschaften fühlte, so gilt das noch vielmehr von der Schlußwendung, der [!] die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Gewerkschaften geradezu verneint. Die Gewerkschaften haben sich in der Vergangenheit stets dagegen gewandt, daß die Partei den Gewerkschaften Marschrichtung und Ziel vorschreibe, sie bestehen auch heute und gerade heute auf der vollen Anerkennung ihrer Selbständigkeit und dementsprechend auf der autonomen Festsetzung ihres 'notwendigen Zieles'. Der Anspruch der Sozialdemokratischen Partei auf die 'geistige Führung' der Gewerkschaften kann genau so wenig anerkannt werden wie der Führeranspruch der kommu-

nistischen Internationale, die seit Jahren vergeblich bestrebt ist, den Gewerkschaften ihre Ziele und ihre Taktik aufzuzwingen." Diese von neuem Selbstbewußtsein nach einem starken Niedergang der Gewerkschaften zeugenden Worte sind deutlich genug, und sie wurden nicht im April 1933, sondern im September 1925 geschrieben.

### Relative Stabilisierung und Krisenbeginn

Leiparts Intervention hatte nicht nur in den beanstandeten Punkten Erfolg. Sie leitete einen Prozeß schneller Rückkehr zu der nach Mannheim gewohnten Kooperation ein, die sich an zahlreichen Beispielen darstellen ließe und in deren Verlauf die Gewerkschaften sich bei verbaler Anerkennung einer Arbeitsteilung zwischen ökonomischer und Partei-Organisation in zunehmendem Maße auch allgemeinpolitisch zu artikulieren und zu profilieren verstanden. Als im Januar 1927 nicht ein Sozialdemokrat, sondern ein Mann der bürgerlichen DVP, Julius Curtius, den Bundesvorstand während der Kabinettsbildung nach seinen sozial- und wirtschaftspolitischen Hauptforderungen befragte und darauf im Presseecho auch die altbekannte Phrase von der gewerkschaftlichen Nebenregierung wieder erklang, war ein Anspruchsmaßstab geschaffen, den die SPD nach ihrem Wahlerfolg vom Mai 1928 nicht mehr zu ignorieren vermochte.

Nun schien es wie selbstverständlich, daß vor der Kabinettsbildung auch Theodor Leipart an der internen Gesprächsrunde bei Otto Braun teilnehmen durfte. Nun meldete der ADGB nicht mehr nur seine Sachforderungen zum Regierungsprogramm, sondern auch seine personellen Vorstellungen an: Curtius könne bleiben, kein Einwand ebenso gegen Brauns, wenngleich die Fraktion eine Besetzung des Ministerpostens im Arbeitsministerium mit einem Genossen keinesfalls ablehnen dürfe. - Vermochten die Anfänge des neuen Kabinetts unter gesamtpolitischen Aspekten kaum zu beeindrucken, ließen sie sich, aus dem Blickwinkel der Gewerkschaften betrachtet, doch recht verheißungsvoll an, und so wurde der Hamburger Kongreß des ADGB zu einer Demonstration sowohl des gewerkschaftlichen Kraftbewußtseins als auch der engen Verbundenheit mit dem sozialdemokratischen Partner, wie andererseits auf dem Magdeburger Parteitag dieser Partner sein Wort im Streit um die Arbeitslosenversicherung verpfändete.

Doch damals, im Mai 1929, waren in den Wein der anfänglichen Koalitionsfreudigkeit schon manche bitteren Tropfen gefallen. Bereits auf der Märztagung des ADGB-Bundesausschusses war der Stimmungsumschwung mit Händen zu greifen. Die vom Vorstand anvisierte stärkere Einflußnahme auf die Reparationsverhandlungen hatte sich nicht durchsetzen lassen. Verbesse-



rungen des Schlichtungswesens waren bei der gegebenen politischen Kräftekonstellation keineswegs zu erwarten. Im Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes hatten die gewerkschaftlichen Vorstellungen keinerlei Berücksichtigung gefunden. Der Regierungsentwurf zur Wohnungspolitik blieb erheblich hinter den Erwartungen zurück. Das reparationspolitisch bedingte Verlangen des Kabinetts, von Lohnforderungen in den Staats- und Gemeindebetrieben sowie im Bergbau vorerst Abstand zu nehmen, steigerte nur noch den aufkeimenden Mißmut, der sich teilweise auch direkt gegen die Partei richtete und bis zum Sommer neue Nahrung erhielt: Da befremdeten die Zollerhöhungen und die Ungewißheit über die Stellungnahme des Kabinetts zum Entwurf Rudolf Wissells für die längst überfällige Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Da drohte gar - nur aus politischer Höflichkeit eine Bagatelle - unter der Ägide eines Finanzministers, der Hilferding hieß, den ehrenamtlichen Gewerkschaftskassierern die Besteuerung ihrer Prozente. Im Zentrum des sich rasch steigernden Unmuts jedoch stand die sich abzeichnende Negativreform der Arbeitslosenversicherung. Die Verschlechterung eines von einer Rechtsregierung erlassenen Sozialgesetzes unter der Mithilfe eines SPD-Kanzlers und seiner sozialdemokratischen Minister erschien geradezu undenkbar, und die Auflösung des Reichstags war eine schon im Juli 1929 erwogene Alternative.

Kein Anlaß zu einem Konflikt mit der Partei - lautete der gewerkschaftliche Tenor auf einer Generalausprache, die die Spitzen des ADGB und des AfA-Bundes sowie die der SPD und ihrer Reichstagsfraktion am 21. Januar 1930 zusammenführte -, wohl aber Klagen über das „Beiseiteschieben durch die Regierung“. Noch ließ sich die Koalitionsverdrossenheit zügeln, ja im Streit über die Arbeitslosenversicherung gelang es sogar, die Gewerkschaftsführung auf den Parteienkompromiß von Anfang März einzustimmen. Erst als auch diese Rückzugslinie infrage gestellt wurde, war die Reizschwelle überschritten. In der entscheidenden Fraktionssitzung vom 27. März schlug sich — ohne hierzu, wie Julius Leber berichtet hat, legitimiert zu sein - Hermann Müller-Lichtenberg im Namen des ADGB auf die Seite des intransigenten Reichsarbeitsministers und drohte unverhohlen mit dem Eklat einer öffentlichen Stellungnahme der Gewerkschaften gegen die Fortsetzung der Regierungskoalition. „Das hieß“, glaubte Parteichef Otto Wels später wenig überzeugend konstatieren zu sollen, „die Trennung. 'Die Gewerkschaftspartei'. Das galt es zu verhindern. Um jeden Preis. Deshalb fiel" Reichskanzler Müller, zerbrach die Große Koalition.

Soweit sich der Entschluß, den Weg in die Opposition einzuschlagen, mit der Hoffnung verknüpfte, hierdurch den befürchteten „Abmarsch“ der von den Auswirkungen einer weltweiten Wirtschaftskrise hart getroffenen Massen

verhindern und das parlamentarische Eigengewicht der Partei durch Neuwahlen verstärken zu können, wurde das ganze Ausmaß dieser Fehlrechnung am 14. September 1930 offenbar. Obwohl der ADGB und seine Einzelverbände die Sozialdemokratie nicht nur publizistisch, sondern auch finanziell unterstützt hatten, gingen die extremen Flügelparteien als eindeutige Krisengewinnler aus dem Wahlkampf hervor. Die Tatsache, daß „Nazis“ wie „Kozis“ erfolgreich die Karte der nationalen Leidenschaften ausgespielt hatten, war für einige engere Mitarbeiter Leiparts ein willkommener Anlaß, die ADGB-Spitze in eine ähnliche Kursrichtung zu drängen. „Die Arbeiterbewegung“, hatte Lothar Erdmann, Redakteur der wissenschaftlichen Zeitschrift des ADGB, schon 1924 gefordert, „ist und muß sein in jedem Lande eine nationale Bewegung mit der Tendenz, *die* nationale Bewegung schlechthin zu werden.“ Entgegen diesem Postulat, mit dem sich in der Umgebung Leiparts besonders Franz Josef Furtwängler stärkstens identifizierte, hatten sich die Freien Gewerkschaften in den Jahren nach dem Ruhrkampf der von pazifistischen Strömungen beeinflußten und erfüllungspolitisch orientierten Linie der Sozialdemokratie angepaßt und die nationale Komponente ihrer Tradition in den Hintergrund treten lassen. In dieser Frage eine Korrektur vorzunehmen, war aus dem doktrinären Blickwinkel der Parteispitze gleichbedeutend mit einem gefährlichen Abgleiten in das Fahrwasser des Nationalismus. Noch am 3. Oktober hatte sich die SPD-Reichstagsfraktion in einer Entschließung mit aller Entschiedenheit gegen jedes außenpolitische Experiment, also auch gegen das Verlangen nach einem Ende der Reparationszahlungen an die Siegermächte ausgesprochen. Trotz intensiver Bemühungen der Parteileitung, ihn von einer solchen Demonstration abzubringen, kündigte ihr der Bundesausschuß des ADGB keine zwei Wochen danach in der Reparationsfrage öffentlich die Gefolgschaft auf.

Sich vom offiziellen Standpunkt der Partei noch schärfer abzugrenzen, schien der ADGB-Führung im Hinblick auf die ohnehin schon komplizierte Gesamtsituation vorerst nicht geraten. Eine Initiative der Hirsch-Duncker-schen Dachorganisation, die den Komplex der Reparationen spektakulär mit einer gemeinsamen Verlautbarung der drei großen Richtungsgewerkschaften angehen wollte, wurde daher bei grundsätzlichem Wohlwollen mit taktischer Zurückhaltung behandelt. Seit dem 16. Dezember 1931 jedoch wurde der Zwang zur Rücksichtnahme auf die Partei an der Spitze des ADGB zunehmend als eine lästige Fessel empfunden. Während einer Kundgebung, auf der Otto Wels die Eiserne Front als greifbares Symbol der Geschlossenheit und Kampfbereitschaft aller sozialistischen Organisationen und des republikanischen Reichsbanners proklamierte, nahm Rudolf Breitscheid sich die Freiheit heraus, Leipart in der Reparationsfrage vor versammeltem Publikum zu desavouieren. Leipart war hochgradig verstimmt. Ein Vermittlungsversuch Paul

Löbes am 5. Januar 1932 schlug fehl, am 6. Januar sprach sich der Bundesvorstand demonstrativ gegen weitere Reparationszahlungen aus, und am 13. Januar faßte er den Beschluß, die mit den anderen Gewerkschaftsrichtungen vorbereitete Reparationsdenkschrift an die Teilnehmer der Lausanner Konferenz weiterzuleiten. Ein weiterer Bruchpunkt war schon am 3. Februar zu vermerken. Auslöser des neuen Konflikts wurde der WTB-Plan zur Arbeitsbeschaffung auf dem damals noch unkonventionellen Wege des Deficit spending. In einer Konferenz mit den Vorständen der Partei, ihrer Reichstagsfraktion und des AfA-Bundes zur Debatte gestellt, verfiel er - und das in der schroffsten Form - uneingeschränkter Ablehnung durch die Parteiorthodoxie. Leipart, schon nicht mehr verärgert, sondern zutiefst erbittert, äußerte anschließend den Wunsch, derartige Zusammenkünfte fortan wegen ihrer Aussichtslosigkeit auf zwingende Anlässe zu beschränken.

### Endphase der Republik

Auf der oberen Führungsebene zum Teil erheblich gespannt, wurde das Grundverhältnis der Freien Gewerkschaften und insbesondere des ADGB zur Sozialdemokratie bis zum Sturz Brüning durch eine substantiell noch immer unverkürzte Reihe stabilisierender Faktoren bestimmt. Neben dem aus sozialstruktureller und ideologischer Verwandtschaft sowie unzähligen personellen Überlappungen resultierenden Gefühl der Zusammengehörigkeit waren die parlamentarischen Einwirkungsmöglichkeiten der SPD und ihre Machtpositionen im Staatsapparat die besten Garanten dafür, daß die Verbände an der engen Bündnispartnerschaft festhielten. Durch die unerwartete Etablierung des Kabinetts Papen, vor allem jedoch durch den vorhersehbaren, aber nicht mehr abzuwehrenden Zugriff des neuen Kanzlers auf die Preußenbastion, gingen der Sozialdemokratie die unter den gegebenen Bedingungen für die Gewerkschaften relevantesten Bereiche ihres instrumentalen Wertes verloren. Vorerst noch ohne breitere Resonanz, kam das Bedürfnis, sich von einer Partei abzukoppeln, der möglicherweise ein Verbot drohte, im Bundesausschuß schon am ersten Tag nach dem Preußenschlag Papens zur Sprache. Die folgenden Stimmenverluste der Sozialdemokratie und ihr Übergang auf eine Position des Verbalradikalismus, einer „Opposition um jeden Preis“, die von den Gewerkschaften gleichsam eine freiwillige Selbstausschaltung durch Verzicht auf die dürftigen Reste ihrer Einflußmöglichkeiten gegenüber der Regierung verlangte, ließen den Bazillus der Abgrenzungstendenz auch in den Vorständen des ADGB und sogar des AfA-Bundes sehr schnell virulent werden. „Daß wir die Regierung“, erklärte Leipart auf der Vorstandssitzung vom 3. August, „als eine gegnerische betrachten und zu ihr in schärfster Opposition stehen“, bedürfe keiner Begründung. Das bedeute „aber nicht, daß wir nicht mit ihr zusammenarbeiten und auf das Stellen und Begründen von Forderungen verzich-

ten". Wie die Partei sich gegenüber der Regierung verhalte, bemerkte er kühl, sei „ihre Sache". Und dann, für das Protokoll taktisch nicht ungeschickt formuliert: Vielleicht lasse sich „aus der Stimmenzunahme der Kommunisten der Schluß ziehen, daß die Gewerkschaften sich nicht mehr so deutlich mit der SPD liieren dürften."

In den Reihen der Partei stießen die Gewerkschaftsführer auf wachsenden Unmut, ja sogar auf steigenden Argwohn, der nicht nur aus Divergenzen in Sachfragen resultierte. Die ausgeprägten Gegensätze - etwa in der Haltung zum Stülpnagel-Kuratorium für vormilitärische Jugendertüchtigung sowie in der Bewertung des Präsidialkabinetts Schleicher - gewannen ihre volle Schärfe erst durch eine Flut von Gerüchten, gezielten Indiskretionen und bewußten Falschinformationen. Trotz aller teils lauwarmen, teils massiven Dementis schien nach dem Eindruck nicht weniger Beobachter der politischen Szene eine ominöse Querfront Gestalt anzunehmen, die sich von den Nationalsozialisten bis hin zu den Freien Gewerkschaften erstreckte. Die Reaktion blieb nicht aus. In Hamburg wurde Peter Graßmann von der Liste der Reichstagskandidaten gestrichen. Andere Kollegen mußten gleichartige Erfahrungen sammeln. Auf der einen Seite brüskiert, auf der anderen erneut um Schützenhilfe im Wahlkampf gebeten, zeigten auch die führenden Gewerkschaftsfunktionäre zunehmend Verdrossenheit. Als Hitler über die Schwelle der Macht trat, war die Einigkeit von Partei und Gewerkschaften in ihren Entscheidungszentren wenig mehr als ein Phantom.

Durchdrungen vom Bewußtsein ihrer machtpolitischen Unterlegenheit, verschanzten sich die Gewerkschaftsführer wie schon beim Preußenschlag hinter der Fassade einer Legalität, die wenigstens einen Rest von Sicherheit zu versprechen schien. „Alles", betonte Graßmann auf der Sitzung des ADGB-Bundesausschusses vom 31. Januar, komme nun „auf die Erhaltung und den Ausbau einer einheitlichen Front der Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften an". Erhaltung in ihren Gewerkschaften - war das nur ein falscher Zungenschlag oder schon die Andeutung eines Absetzungsmanövers mit dem Ziel, das Weiterbestehen der Organisationen notfalls um den Preis einer Loslösung von der Sozialdemokratie zu erkaufen? Ein so weitgehender Verdacht mochte verfrüht sein, doch wer ihn aufkeimen spürte, sah sich nicht widerlegt, sondern eher bestätigt, wenn Graßmann im Nachsatz uneingeschränkt drohte: „Dieser Gedanke ist auch bestimmend für die Haltung der Gewerkschaften gegenüber jeder *Partei*, die sich etwa das Recht zur Führung gewerkschaftlicher Aktionen anmaßen sollte." Einschließlich der Ankündigung Leiparts, „die Interessen der Arbeiterschaft auch gegenüber dieser Regierung" vertreten zu wollen, zeichneten sich hier Ansätze einer Konzeption ab, die der Bewahrung des organisatorischen Rahmens unbedingte Priorität einräumte.

Der Versuch, sich über die vermeintlich kurze Durststrecke bis zum unvermeidlichen Scheitern Hitlers hinwegzulavieren, vertrug sich durchaus mit jener angestregten Zurschaustellung der Kampfentschlossenheit, in der sich die Gewerkschaftsführer vorerst noch gefielen. Nachdem es feststand, daß die Parteileitung ein Vabanquespiel ebenfalls ablehnte, war das lautstarke Bekenntnis zur Eisernen Front eine den Mitgliedern geschuldete Pflichtübung und vielleicht noch ein auf den Gegner berechneter Bluff.

Die bündnispolitische Umsetzung des Urteils über Kräfteverhältnisse und Perspektive war am 30. Januar gleichsam vorprogrammiert. Sie gründete sich einmal auf die langjährigen negativen Erfahrungen mit der KP, deren kompromißloses Eintreten für eine Diktatur roter Prägung sie als glaubwürdigen Mitstreiter für ein demokratisches System disqualifizierte. Daß ihr Schicksal besiegelt schien, war nur noch ein zusätzlicher Grund, ihre Tuchfühlung zu meiden. Die schon seit Jahren bewährte Einheitsfront mit den Gewerkschaften anderer Richtung empfahl sich als die der Situation einzig angemessene Lösung. Nachdem die Reichstagswahlen und die ihr folgende Terrorwelle sowohl die parlamentarischen als auch die außerparlamentarischen Machtverhältnisse endgültig dahingehend geklärt hatten, daß die Sozialdemokratie nicht nur instrumental entwertet, sondern eine Organisationsgefährdende Belastung war, wurde der bündnispolitische Ansatz in situationsgerechter Logik fortgeschrieben, der traditionelle Partner unsentimental fallengelassen.